

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 1

Artikel: Die westliche Welt in einer Bewährungsprobe
Autor: Küng, Emil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163072>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

EMIL KÜNG

Die westliche Welt in einer Bewährungsprobe

Der Drache der Inflation

Selbst wenn man noch so viel Verständnis aufbringt für die weltweite Ausbreitung der Geldentwertung und für den importierten Teil der vor sich gehenden Kaufkrafterosion, so bleibt nichtsdestoweniger die Tatsache bestehen, dass eine nicht geringe Quote der gesamten Preissteigerung hausgemachter Natur ist und insofern von uns selbst verantwortet werden muss. Es ist denn auch dieser interne Teil, der mit Recht das Kreuzfeuer der Kritik auf sich zieht und der nicht selten als Totengräber unserer Wirtschaft und Gesellschaft angeprangert wird. In der Tat: handelt es sich nicht um ein Krisensymptom des Spätkapitalismus – wobei schon der Ausdruck «Spätkapitalismus» eine Prognose in sich schliesst? Legt nicht die Hyperinflation von 1923/24 in Deutschland die Folgerung nahe, es könnten sich (wie 1933) politische Konsequenzen einstellen, die schlechthin als verheerend zu bezeichnen wären? Hat nicht schon Lenin darauf aufmerksam gemacht, man brauche lediglich das Geldwesen zu zersetzen, um einen Umsturz der kapitalistischen Ordnung herbeizuführen?

Gewiss, die Einsichten, die sich aus dem Fall der Weimarer Republik ergaben, dürfen nicht unbesehen auf die Gegenwart übertragen werden, sind doch die sozialen Sicherungseinrichtungen heute unvergleichlich stärker ausgebaut als damals. Dennoch bedeutet eine anhaltende Geldentwertung auch in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts noch eine eminente Gefahr für die Stabilität und den Bestand der Welt, in der wir leben. So beruht etwa die Rechtsordnung auf der vom Staat ausgesprochenen Eigentumsgarantie. Diese Garantie sinkt indessen zu einer reinen Fiktion hinab, wenn die Besitzer von Nominalwerten in Wirklichkeit ausgeplündert werden, wenn eine unsichtbare Vermögenskonzentration und Kaufkraftübertragung stattfindet, die nichts mit dem marktwirtschaftlichen Leistungsprinzip zu tun hat. Es wird verständlich, wenn angesichts solcher Prozesse das Vertrauen verloren geht und eine totale Verunsicherung um sich greift. Es liegt nahe, dass unter derartigen Umständen die Resignation sich breit macht und dass schliesslich alle Schichten jener Indexierung teilhaftig werden möchten, die einzelnen Gruppen bereits eine gewisse Immunität gegen Kaufkrafteinbussen ihres Einkommens verschafft. Wenn die Verteilung des volkswirtschaftlichen Kuchens sich immer offensichtlicher zugun-

sten der mächtigen und lautstarken Gruppen verschiebt und die schwachen zu kurz kommen, darf man sich nicht wundern, wenn sich sozialer Explosivstoff anhäuft. Die erste Bewährungsprobe, die es zu bestehen gilt, betrifft somit die hausgemachte Inflation: es ist dieser Drache, der mit allem Nachdruck und mit Erfolg bekämpft werden muss.

Stagnation und Stagflation

Damit sind freilich die Probleme noch längst nicht gelöst. Zur Geldentwertung hinzu ist nämlich in der jüngsten Zeit noch ein weiteres Syndrom getreten, das mindestens so viele Sorgen bereitet und das namentlich in seiner Verbindung mit der fortschreitenden Teuerung ungeheure Schwierigkeiten für die Therapie mit sich bringt. Dass die Preise und Löhne selbst dann unausgesetzt weiter in die Höhe gehen, wenn Unterbeschäftigung herrscht, ist neu und deshalb ungewohnt. Früher konnte man einigermaßen darauf zählen, dass die Preishausse des konjunkturellen Aufschwungs abgelöst und einigermaßen ausgeglichen wurde durch eine entsprechende Baisse während des Niedergangs. Doch diese kompensatorische Tendenz scheint vorüber zu sein; was wir vor uns haben, ist eine Einbahnstrasse, auf der sich Preise und Löhne nur noch in einer Richtung bewegen – und zwar selbst dann, wenn die Produktionskapazitäten keineswegs voll ausgenützt sind.

Diese Kombination von geringem oder zeitweilig sogar negativem Wirtschaftswachstum einerseits und unaufhörlichem Geldwertschwund andererseits erweist sich namentlich deswegen als so überaus schwer kurierbar, weil es sich um eine Krankheit handelt, die mehr oder minder resistent ist gegenüber der klassischen Medizin. Natürlich kann man die konjunkturelle Massenarbeitslosigkeit beheben, indem Kaufkrafteinspritzungen verabreicht werden, indem die öffentliche Hand Arbeitsbeschaffungsmassnahmen aller Art durchführt, absichtliche Haushaltsdefizite in Kauf nimmt und sie womöglich durch Verschuldung gegenüber der Notenbank finanziert. Das wäre jedenfalls das Verfahren gewesen, mit dessen Hilfe die grosse Weltwirtschaftsdepression nach 1929 hätte behoben werden können – eine Einsicht, die allerdings erst später reifte.

Genauso lässt sich, wenigstens im Prinzip, eine Inflation unter Kontrolle bringen: man braucht lediglich den Hahn der Geldversorgung lange genug und energisch genug zuzudrehen, um sicher zu sein, dass auf die Dauer auch das Preisniveau sich stabilisiert, falls wir es mit dem gewohnten Typus der «reinen Inflation» zu tun haben. Sobald indessen Stagflation diagnostiziert werden muss, sind die Begleiterscheinungen einer solchen Entwöhnungs-

kur derart schmerzhaft, dass man es kaum mehr wagt, sie zu verschreiben oder gar vorzunehmen. Denn diese Nebenwirkungen bestehen nunmehr darin, dass die Arbeitslosigkeit noch grössere Dimensionen annimmt, dass das Leistungspotential der Wirtschaft bei weitem nicht mehr voll ausgenützt wird, und dass entsprechende Wohlstandsverluste in Kauf zu nehmen sind – ohne dass doch eine Gewähr dafür bestünde, die Inflationsherde wirklich auszurotten.

In dieser Lage gerät die Wirtschaftspolitik in ein echtes Dilemma. Erklärt sie die Inflation zum Feind Nummer eins und entschliesst sie sich zu einer Offensive gegen ihn, so macht sie sich verantwortlich für ein noch langsames Wirtschaftswachstum, für Entlassungen und Betriebsschliessungen, für eine Stockung der Wirtschaftstätigkeit und für Arbeitslosigkeit, und beschwört damit natürlich einen wachsenden Widerstand gegen die Fortsetzung ihres Kurses herauf. Wendet sie sich statt dessen in erster Linie gegen die Stagnation und gibt sie gleichsam Gas, so muss sie mit grösster Wahrscheinlichkeit riskieren, die ohnehin virulente Aushöhlung des Geldwertes noch mehr zu verstärken. Daraus wird ersichtlich, dass sich die Situation fundamental unterscheidet von derjenigen der dreissiger Jahre. Insbesondere aber wird deutlich, dass mit ausschliesslich kreislaufmechanischen Einwirkungen der Stagflation nicht beizukommen ist. Offenbar liegt hier so etwas wie eine Zivilisationskrankheit vor, die man früher gar nicht kannte und die aus den spezifisch modernen Begleitumständen der Nachkriegszeit herauswuchs. Sie zu bewältigen, stellt die westliche Welt vor eine Bewährungsprobe sondergleichen.

Eigenarten und Ursachen des langsameren Wirtschaftswachstums

Wenn die Kombination von Stagnation und Inflation ein so ungemein verhängnisvolles Gemisch abgibt, drängt sich vor allen Dingen die Frage auf, wie es denn nach Jahrzehnten stürmischen Wirtschaftswachstums zu der auffallenden Verflachungstendenz kommen konnte, und wie in dieser Hinsicht die Zukunftsaussichten zu beurteilen sind. Was die erste Frage anbelangt, existiert eine alte – und in der Zwischenzeit fast völlig in Vergessenheit geratene – Theorie, wonach in der Wirtschaftsgeschichte «lange Wellen der Konjunktur» festzustellen seien, die eine Dauer von 50 bis 60 Jahren aufweisen. Nachdem wir nun weit mehr als zwanzig Jahre eines langwelligen Aufschwungs hinter uns hätten, wäre danach eine längere Phase fällig, in welcher das Nullwachstum oder gar eine rückläufige Bewegung vorherrschen würde – überlagert selbstverständlich immer wieder von den üblichen Schwankungen der mittleren Wellen.

Zugunsten einer solchen Vermutung spricht tatsächlich eine ganze Reihe von Entwicklungstendenzen. So könnte es sein, dass es neuer Durchbrüche in der Grundlagenforschung bedürfte, um für die kommerzielle Auswertung der technischen Fortschritte Impulse zu schaffen. In den Industrieländern steht eine Periode mit konstanter oder gar schrumpfender Bevölkerung bevor, so dass auch jene expansiven Kräfte ausfallen, die mit einer Bevölkerungszunahme gewöhnlich verknüpft waren. Weitergehende Arbeitszeitverkürzungen sind dazu angetan, Produktionsvolumen und Güterangebot zu beeinträchtigen. Eine ausgeprägtere Freizeitvorliebe könnte auch daraus resultieren, dass die Belastung des Arbeitseinkommens mit Abgaben aller Art (zum Beispiel für die soziale Sicherheit und für den wachsenden Bedarf des Fiskus) immer grösser zu werden tendiert. Sollte erst noch ein Nachlassen der Leistungsbereitschaft zu verzeichnen sein, so müsste dies die Wirkungen für das verfügbare Sozialprodukt begreiflicherweise ebenso verstärken wie eine allfällige Abwendung der qualifiziertesten Nachwuchskräfte von einer Laufbahn in der Wirtschaft.

Zugespitzt haben sich die Verhältnisse naturgemäss durch jene Verschlechterung des realen Austauschverhältnisses, die gegenüber den Erdöhländern hingenommen werden musste; sie gibt dazu Anlass, dass wir mehr Exportgüter hervorzubringen und an andere abzutreten haben, um eine gleiche Menge an Einfuhrgütern zu erlangen. Interpretieren wir den Export als den Aufwand, der erforderlich ist für die Beschaffung der Importe als Ertrag, so läuft dies auf eine verringerte Produktivität unserer Aussenwirtschaft hinaus. Sie verkleinert zwar nicht den Umfang unseres Sozialproduktes, wohl aber die Grösse jenes Kuchens, über den wir schliesslich verfügen können. Orientieren sich indes die Einkommensansprüche an dem, was wir insgesamt produzieren, so ist klar, dass sie der geringeren Arbeitsergiebigkeit bei der geschilderten «indirekten Produktion» von Einfuhrwaren nicht Rechnung tragen und inflatorisch überhöht sind.

Ähnliche Konsequenzen ergeben sich aus einer Wanderung der Produktivkräfte aus dem sekundären Sektor der Güterverarbeitung in den tertiären Bereich der Dienstleistungen, wo die Zunahme der mengenmässigen Produktivität entschieden kleiner zu sein pflegt, wo aber trotzdem konkurrenzfähige Löhne bezahlt werden, und wo dies nur möglich ist aufgrund steigender Preise für die gebotenen Leistungen. Dass durch diesen «Strukturreffekt» der Anstieg der Durchschnittsproduktivität in der Gesamtwirtschaft gedämpft wird, während gleichzeitig das Teilpreinsniveau der Dienstleistungen (das im gesamten Warenkorb stets wichtiger wird) in die Höhe geht, liegt auf der Hand.

Wenn grössere Aufwendungen für den Umweltschutz vorgenommen werden müssen, werden dadurch selbstverständlich Produktivkräfte absorbiert;

das Ergebnis besteht jedoch bloss darin, dass ein bestimmter Zustand wiederhergestellt oder aufrechterhalten wird, nicht aber in einem Mehrangebot an Konsumgütern. Das gleiche trifft zu, falls die Forschung und Entwicklung neue Richtungen einschlägt, indem sie bestrebt ist, knapp und teuer gewordene Energieträger oder sonstige Materialien durch andere zu ersetzen, die weniger kostspielig sind. In beiden Fällen gehen die Aufwendungen wohl in den Produktionswert ein, ohne dass sie aber ein reichlicheres Angebot auslösen; es werden mit anderen Worten wohl Einkommen ausgeschüttet, nicht aber die verfügbaren Güterströme verbreitert, so dass die Effekte wiederum inflationsfördernd und wachstumshemmend ausfallen.

Unausweichliche Enttäuschungen

Fügen wir alle die genannten Einzelteile des Mosaiks zusammen, so leuchtet ein, dass das entstehende Gesamtbild grösste Bedenken erweckt. Auf der einen Seite stellt sich heraus, dass zahlreiche Kostenelemente ihren Anstieg fortsetzen und dass gleichzeitig die Möglichkeiten schwinden, ihren Einfluss aufzufangen durch steigende Produktivität. Auf der anderen Seite gelingt es schwerlich, jene Überwälzung auf die Abnehmer durchzusetzen, die in der Vergangenheit so überaus leichtfiel. Denn jetzt ist damit zu rechnen, dass zahlreiche Märkte durch Sättigungserscheinungen gekennzeichnet sind und dass insbesondere die Notenbank vor der Notwendigkeit steht, gegen die permanenten Preisauftriebskräfte auch dauernd «gegenzusteuern», indem sie bei der Geldmengenregulierung einen restriktiven Kurs einhält.

Unter diesen Umständen muss es als höchst wahrscheinlich betrachtet werden, dass die Kostenklemme und die damit verbundene niedrigere Gewinnspanne nicht bloss eine vorübergehende, sondern wenigstens tendenziell eine dauernde Erscheinung bleiben wird. Es zeigt sich, dass auch die Unternehmer einer Bewährungsprobe ausgesetzt sind, nachdem sie während längerer Zeit weit weniger unter Konkurrenzdruck gestanden hatten. Aus dem Schonklima ist erneut ein Reizklima geworden. Die Verwöhnung und Verweichlichung ist vorbei. Sich auf die neuen Bedingungen umzustellen, fällt um so schwerer, weil die Firmen sowohl in bezug auf die Umsatzziele wie hinsichtlich der Gewinnerwartungen auf Wachstum programmiert sind. Die «Flucht nach vorn» in erhöhten Absatz dürfte jedoch mehr und mehr verbaut sein.

Enttäuschungen haben indessen auch jene Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter hinzunehmen, die sich daran gewöhnt hatten, Jahr für Jahr nicht geringe prozentuale Reallohnaufbesserungen einzukassieren. Sie er-

leben es nunmehr, dass jene Überhöhung zunehmend abgebaut wird, die die Effektivlöhne über die tarifvertraglich vereinbarten Sätze hinausgetrieben hatte. Sie müssen sich damit abfinden, dass der volle Teuerungsausgleich keineswegs mehr zu den Selbstverständlichkeiten zählt, wenn das Wirtschaftswachstum auf Null und noch weniger zurückgeht.

Die Frage, die im Anschluss daran auftaucht, geht dahin, wie rasch die neuen Tatbestände ins allgemeine Bewusstsein eindringen und ob sich das Anspruchsniveau in bezug auf die materiellen Güter daran anpasst. Bisher war es so, dass dieses Anspruchsniveau in einem exponentiellen Anstieg begriffen war, gestützt auf praktische Erfahrungen, die man jahrzehntelang sammeln konnte. Es war die Mentalität der Konsumgesellschaft mit ihrem Habitus des Forderns, die die Erwartungen und Postulate geprägt hatte. Diese Begehren liessen sich einigermassen befriedigen, solange ein erheblicher jährlicher Zuwachs des Sozialproduktes dafür zur Verfügung stand. Immerhin hatte sich bereits in der bisherigen Ordnung eine Anspruchsinflation in dem Sinne herausgebildet, als die Summe der von den privaten Haushalten, der öffentlichen Hand, den investierenden Unternehmungen und dem Ausland geltend gemachten Ansprüche über das hinausgewachsen war, was bestenfalls geboten werden konnte. Die Inflation hatte alsdann mit ihrem aussergewöhnlich ungerechten Verteilungsschlüssel die Forderungen schliesslich auf das erfüllbare Mass zurückgeschraubt.

Jetzt sind die Grenzen des Erreichbaren angesichts des verlangsamten Wirtschaftswachstums noch enger gezogen. Die Distanz zwischen dem Erstrebtten und dem Erreichbaren wird noch grösser, falls es nicht gelingt, das Erstrebte, nämlich das Anspruchsniveau in seinem Anstieg zu mässigen und besser in Übereinstimmung zu bringen mit der flacher verlaufenden Kurve des Wachstums. Wenn es richtig ist, die erwähnte Distanz zu interpretieren als Ausdruck für den Grad der wirtschaftlichen Zufriedenheit (beziehungsweise Unzufriedenheit), so müsste zunächst eine zunehmende Unzufriedenheit in Rechnung gestellt werden. Sie wird erfahrungsgemäss noch geschürt durch die Vertreter der Gruppeninteressen. Denn mit der «verdammten Bedürfnislosigkeit der Massen» (Lassalle) lassen sich bekanntlich keine durchschlagenden politischen Erfolge erzielen. Zur ohnehin vorhandenen Ernüchterung tritt dann noch die synthetisch geschaffene Unzufriedenheit.

Tatsächlich ist in einer ganzen Reihe von Ländern zu beobachten, wie die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes sich zuspitzen, wie organisierte und wilde Streiks überhandnehmen und wie der Klassenkampf neu auflebt. Dass durch einen derartig verhärteten Streit um den Kuchen der Wirtschaftsertrag nicht vergrössert, sondern verkleinert wird, liegt freilich auf der Hand. Dass sich die Lösung der Probleme auf

diese Weise nur noch schwieriger gestaltet, will indessen jenen nicht recht in den Kopf, die sich nur um die Wahrung ihrer Partialinteressen kümmern. Jedenfalls steht eines fest: die Verschärfung der Verteilungskämpfe ist alles andere als dazu angetan, die Bewährungsprobe bestehen zu helfen. Sie trägt vielmehr in eminentem Masse dazu bei, den Wirtschaftsablauf zu stören, Ruhe und Ordnung in Frage zu stellen, langfristige Dispositionen und Investitionen zu erschweren, die Bevölkerung zu verunsichern und die Stagflation zu intensivieren.

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen

Wenn es nunmehr darum geht, abzuschätzen, ob die westliche Welt ähnlich wie in den dreissiger Jahren vor der gestellten Aufgabe versagen wird oder ob die Erfolgchancen günstiger liegen als damals, kommen wir nicht darum herum, zu untersuchen, welches die gesellschaftliche Konstellation ist, in der sich die Bewährungsprobe abspielt. Diese Analyse, so summarisch sie auch ausfallen muss, hinterlässt einen entschieden pessimistischen Eindruck. Der soziale Zusammenhalt hat sich eindeutig gelockert; die Kohäsion ist längst nicht mehr dieselbe wie zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Bisher als selbstverständlich geltende Wertordnungen werden von zahlreichen einzelnen Gruppen abgelehnt. Vor allem zwischen der Jugend und dem «Establishment» hat sich eine tiefe Kluft aufgetan, die nicht zuletzt davon herührt, dass der Erlebnis- und Erfahrungshintergrund der verschiedenen Generationen weit voneinander abweicht, dass die einen in einem als selbstverständlich betrachteten und deshalb reizlos gewordenen Wohlstand herangewachsen sind, während die anderen noch härtere Zeiten mitgemacht haben und dem wirtschaftlichen Erfolg grössere Bedeutung beimessen.

Derartige Konflikte wären gewiss als normal anzusehen und würden die Debatte befruchten – wenn ein solcher Meinungs austausch sich ausschliesslich darum drehen würde, wie die historisch überlieferte Situation zu verbessern und das Examen zu bestehen sei. In Wirklichkeit ist man jedoch da und dort bestrebt, das System als Ganzes zu überwinden und dazu wenn nötig auch Gewalt anzuwenden. Es ist die bewusste Intoleranz, die eine harmonische Evolution in Frage stellt. Es ist das Programm der Tabula rasa ohne Aufbauplan für das, was danach folgen soll, was es oft so schwierig macht, eine Verständigung herbeizuführen. Es ist die Bejahung offener und brutaler Machtkämpfe, was den Vertretern demokratischer Methoden die Einhaltung liberaler Spielregeln so problematisch erscheinen lässt. Es ist die Radikalisierung der Standpunkte, die Anlass gibt zur Polarisierung der Kräfte.

Allen diesen Entwicklungstendenzen liegen natürlich tiefere Ursachen zugrunde. Sie kennzeichnen sich etwa dadurch, dass im Zeichen der «permisiven Gesellschaft» Jugendliche herangewachsen sind, die sich kaum je daran gewöhnt haben, Triebstauungen und Triebspannungen hinzunehmen und zu verarbeiten, statt eine sofortige Befriedigung durchzusetzen. Die Gebote der Moral haben ihre Verbindlichkeit weitgehend eingebüsst. Selbst die Normen des Rechts werden von manchen nicht mehr als gültig anerkannt, auch wenn sie aufgrund des Mehrheitsprinzips im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zustande kamen. Fehlendes Unrechtsbewusstsein und gestörtes Rechtsempfinden sind charakteristisch für manche, die gegen den Konformitätsdruck revoltieren. Durch die Flucht in die Drogen sucht man sich den Anforderungen des «bürgerlichen Lebens» zu entziehen. Es kommt ein Trieb zur Selbstzerstörung und die Lust am Untergang auf – verständlich in Anbetracht der Einbusse an Transzendenz und Lebenssinn.

Hinzu kommt indessen, dass der soziale Wandel ein Tempo eingeschlagen hat, das viele in ihrem Anpassungsvermögen überfordert, selbst wenn sie alles andere als reaktionär gestimmt sind. Ihnen droht der «Zukunftsschock» und das Gefühl, weltfremd zu werden, sich in ihrer Umwelt nicht mehr zu Hause zu fühlen, die psychische Geborgenheit zu vermissen und der gesellschaftlichen Desintegration zu verfallen. Als Primitivreaktion darauf liegt die Sehnsucht nach der heilen Vergangenheit und das Beharren auf dem Status quo nur allzu nahe – eine Einstellung, die natürlich in hohem Masse geeignet ist, die abverlangte Bewährungsprobe nicht zu bestehen. Der Ruf nach Ruhe und Ordnung angesichts von Chaos und Zerrissenheit, der Wunsch nach der stabilen Vaterfigur und dem starken Mann in einer Zeit der Desorganisation und Ungewissheit, das Streben nach einer einheitlichen Wertordnung und einem abgerundeten Weltbild, während doch Anomie und Wertpluralismus die Szene beherrschen – das alles könnte übermächtig werden und da und dort erneut dem Totalitarismus den Weg ebnen.

Voraussetzungen für den Erfolg

An dieser Stelle liesse sich mit einem gewissen Recht einwenden, die Dinge würden aufgebauscht. Tatsächlich entspricht die dargebotene Schilderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht den Verhältnissen in der Schweiz, sondern etwa jenen in Italien oder in Grossbritannien, wo die Stagflation am deutlichsten zutage tritt. Es ist jedoch ein alterprobtes Verfahren, die Grenzfälle für die Untersuchung heranzuziehen, weil sich an ihnen am klarsten ablesen lässt, was anderswo nur in Andeutungen vor-

handen ist. Zur Rechtfertigung dieser Methode ist überdies darauf hinzuweisen, dass beide Länder genau wie wir in Europa liegen und dass wir deshalb von einem allfälligen Umschlag in totalitäre Lösungen aufs nachdrücklichste mitbetroffen würden.

Kehren wir zur Stagflation in ihrem ökonomischen Gehalt zurück. Es zeigte sich, dass sie mit den klassischen Werkzeugen nicht zu meistern ist. Daraus geht hervor, dass bei einer erfolgreichen Bewältigung des Problems weit mehr geschehen muss als Kaufkrafteinspritzungen oder Kaufkraftabschöpfungen. Darüber hinaus sind in der Tat etwa die Institutionen auf dem Prüfstand der Geschichte. So ist es beispielsweise ausgeschlossen, die Belastungsprobe zu bestehen, wenn in einem Lande die Gewerkschaften die «*conflittualità permanente*» offen zum Ziel ihrer Politik erklären oder wenn in einem anderen die Arbeitnehmervvertretungen einen regelrechten Staat im Staate bilden, der es nicht für nötig hält, sich an das gesetzte Recht zu halten, sondern im Gegenteil dem regulären Staat praktisch befiehlt, was er zu tun habe. Wo sich eine derartige Übermacht herausgebildet hat, ist ein Land mehr oder minder unregierbar geworden. Wenn aber das Chaos oder die «*kaiserlose, die schreckliche Zeit*» lange genug gedauert hat, erhebt nach aller historischen Erfahrung der Absolutismus sein Haupt.

Es sind sodann Denkweisen und Verhaltensweisen zu ändern, wenn das Examen bestanden werden soll. So geht es nicht an, die Mentalität der Konsumgesellschaft beizubehalten, gleichzeitig aber die Normen der Leistungsgesellschaft abzulehnen. Wer der hausgemachten Inflation Herr werden will, wird das Anspruchsniveau in Einklang zu bringen haben mit dem Leistungspotential der Wirtschaft. Wer die Ungerechtigkeiten der selbstverschuldeten Geldentwertung nicht bloss mit Lippenbekenntnissen, sondern mit Taten beseitigen möchte, wird niedrigere Gewinne, einen Verzicht auf machtbestimmte Preiserhöhungen, aber auch höhere Erträge festverzinslicher Anlagen und im Zusammenhang damit eine niedrigere Lohnquote in Kauf zu nehmen haben.

Damit werden schwerwiegende Umorientierungen anvisiert. Bemerkenswert für sie ist namentlich, dass es sich um Prozesse handelt, die nicht einfach vom Staat befohlen werden können, sondern sich in den einzelnen und in der Gesellschaft zu vollziehen haben. Es wäre reiner Paragraphenglaube, anzunehmen, die Stagflation liesse sich ausschliesslich mit Hilfe rechtlicher Vorschriften aus der Welt schaffen. Die Frage ist indessen, ob die Gesellschaft hinreichend Innovationsfähigkeit sowohl in bezug auf ihre Institutionen wie hinsichtlich der menschlichen Verhaltensweisen an den Tag legen wird. Ohne eine gewisse Wiederherstellung des nationalen Konsensus dürfte das jedenfalls unmöglich sein. Wenn die Konflikte erneut gewaltlos statt

gewaltsam beigelegt werden sollen, ist eine verstärkte Integration unerlässlich. Wenn die Anpassung auf dem Wege der Evolution und nicht der Revolution zustande kommen soll, geht es nicht ab ohne verstärkten Schulterschluss und eine ausgeprägtere Wertgemeinschaft.

Insbesondere ist natürlich zu postulieren, dass die Umstellung im Zeichen von Demokratie und Rechtsstaat stattzufinden habe und dass daher die Spielregeln dieser Gruppengebilde als selbstverständliche Verpflichtungen eingehalten werden. Dass es hierbei niemals darum gehen kann, einfach den Status quo aufrechtzuerhalten und sich gegen den Einbruch des Neuen zur Wehr zu setzen, dürfte inzwischen klar geworden sein. Also: Nicht bloss reagieren, sondern agieren im Hinblick auf die zu lösenden Aufgaben, müsste die Parole sein. Dazu bedarf es freilich der Einsicht in die bevorstehenden Prüfungen. Im Unterschied zu den Zeiten des Zweiten Weltkrieges haben wir es nicht so sehr mit einem äusseren und erkennbaren Feind zu tun, gegenüber dem die gesellschaftliche Unifikationstendenz fast von selbst funktioniert, sondern um eine Bedrohung von innen, die ausserdem ungemein schwer fassbar ist. Bereitet schon die Diagnose Schwierigkeiten, so noch viel mehr die Therapie.

Sicher ist immerhin das eine: die Herausforderung, der wir uns gegenübergestellt sehen, ist gewaltig. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen wir der Bewährungsprobe ausgesetzt werden, sind vorerst alles andere als dazu angetan, den Stürmen gewachsen zu sein. Der Eindruck einer Zeitenwende verstärkt sich. Ohne eine neue Wertordnung sind die Probleme nicht zu meistern. Ob es zu einer Einigung oder zur Sprengung kommen wird, vermag erst die Zukunft zu lehren. Die Voraussetzungen für den Erfolg sind gewiss in unserem eigenen Lande günstiger als im grössten Teil der übrigen westlichen Welt. Doch verhehlen wir uns nicht: die Rückwirkungen des Geschehens anderswo treffen auch uns.